



Lena Gumnior

Kontakt

lena.gumnior@web.de

Engagement

Mitglied BAG Migration und Flucht

Mitglied LAG Migration und Flucht

Mitglied der
Strafrechtskommission des
Deutschen Juristinnenbundes
(djB e.V.)

Mitinitiatorin Junges
Netzwerk bei
RechtGrün e.V.

Ausbildung

Studium der
Rechtswissenschaften

Promotionsstudium
(bis voraussichtlich
März 2021)

Liebe Mitglieder der Kreisverbände Osterholz und Verden,

danke, dass ich mich bei euch als Kandidatin für das Direktmandat in eurem Wahlkreis vorstellen darf.

Ich bin Lena Gumnior, 28 Jahre alt und komme gebürtig aus dem Emsland. Ich habe Jura studiert und befinde mich in den letzten Zügen meiner Doktorarbeit im Strafrecht und arbeite als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität. Dort forsche ich dazu, wie Strafgesetze grundrechtskonform verfasst werden können.

Seit vier Jahren bin ich Mitglied bei den Grünen. Nachdem ich von Beginn an im Bundes- und Landtagswahlkampf tätig war, bin ich seit zwei Jahren Teil der LAG Flucht und Migration und kooptiertes Mitglied der BAG Flucht und Migration. In diesem Rahmen habe ich in den letzten Monaten zusätzlich viel zum Grundsatzprogramm und verschiedenen landespolitischen Themen gearbeitet. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf meiner Initiative zur Einführung eines Antidiskriminierungsgesetzes für Niedersachsen.

Ich bin zudem Mitglied der Strafrechtskommission des Deutschen Juristinnenbundes und setze mich für den Schutz von Frauen, Mädchen und migrantisch gelesenen Menschen ein. Zurzeit verfasse ich dazu mit meinen Kolleginnen einen Bericht zum Stand der Umsetzung der Istanbul Konvention in Deutschland. Als Initiatorin des „Jungen Netzwerks“ im grünnahen Verein RechtGrün vernetze ich Juristinnen und setze mich auf diesem Wege aktiv für die Nachwuchsförderung ein.

Mein politischer Fokus liegt auf einer progressiven und diskriminierungsfreien Rechtspolitik in den Bereichen des Strafrechts, der Demokratie und des Antidiskriminierungsrechts. Denn jeder Mensch hat das Recht, fair und vorurteilsfrei behandelt zu werden und Zugang zu notwendigen Unterstützungs- und Schutzangeboten zu erhalten. Leider entspricht ein solcher vorurteilsfreier Umgang nicht der Lebensrealität der meisten Menschen. Frauenhäuser bangen jedes Jahr erneut um ihre Finanzierung, Menschen werden nur deshalb von der Polizei kontrolliert, weil sie migrantisch gelesenen werden und es fehlen Möglichkeiten sich gegen die Diskriminierung durch staatliche Stellen wirksam zur Wehr zu setzen.

Die Bundesregierung hat es in den letzten Jahren nicht geschafft, diese Schutzlücken zu schließen, sondern betreibt Symbolpolitik. Ich sehe es als Aufgabe von uns Grünen, einen Paradigmenwechsel herbeizuführen. Dafür braucht es zum Beispiel die dringende Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes, eine ausreichende und dauerhafte Finanzierung von Schutz- und Beratungsstellen und Schulungen für Gerichte, Staatsanwaltschaften und Polizei im Bereich Rassismus- und Gendersensibilität.

Viele Probleme potenzieren sich gerade im ländlichen Raum: So fehlt es an Beratungsstellen, Frauenhäuser und einer ortsnahe Gesundheitsversorgung. Diese Schieflage zwischen Stadt und Land gilt es zu beseitigen. Der Schutz vor Gewalt und eine ausreichende Infrastruktur darf keine Frage der Postleitzahl sein.

Ich bin selbst im Emsland geboren, im ländlichen Raum aufgewachsen und weiß aus eigener Erfahrung, welcher Bedarf gerade in Kleinstädten und Dörfern besteht. Hier sehen sich ländliche Regionen wie in Verden und Osterholz mit völlig anderen Herausforderungen konfrontiert als urbane Räume. Es braucht den dringenden Ausbau des Nahverkehrs und der Radwege, um unabhängiger vom eigenen Auto zu werden. Wir brauchen aber auch eine ausreichende Ladeinfrastruktur für Elektromobilität, um endlich den Absprung von der Verbrennertechnologie zu schaffen.

Darüber hinaus hat das verzweifelte Festklammern an alten Energieträgern aber auch im Wahlkreis Osterholz - Verden verheerende Auswirkungen, die das Trinkwasser gefährdet, für Erdbeben sorgt, die Gesundheit der Menschen einer ganzen Region gefährdet - und obendrein die Klimakrise nur unnötig verschärft. Wir haben keine andere Wahl: Das Gas muss im Boden bleiben. Dafür möchte ich mich im Bundestag aus Überzeugung und mit meinen juristischen Kenntnissen einsetzen.

Ich würde mich ausgesprochen freuen, mit euch für den Bundestag zu kandidieren und die Region als junge, feministische Stimme vertreten zu dürfen.

Liebe Grüße,

Lena Gumnior